

Dickes: Steuerdaten-Handel macht den Staat unglaublich

Landtagsabgeordnete fordert kleinere Klassen und mehr Förderung

KREIS BAD KREUZNACH/ MAINZ. Der Oeffentliche Anzeiger lädt die Landtagsabgeordneten des Nahe-Wahlkreises ein, ihren Wählern regelmäßig in einem "Brief aus Mainz" Einblick in den politischen Alltag zu gewähren. Heute schreibt Bettina Dickes (CDU) aus Waldböckelheim:

"Die Gerechtigkeitsdebatte wird in unserem Land derzeit mit viel Leidenschaft geführt. Chancen zu geben sowie Hilfen anzubieten sind unerlässliche Merkmale eines gerechten Staates. Aber was ich derzeit erlebe, hat weniger damit zu tun als mit einer oft polemisch geführten Neid- beziehungsweise Abgrenzungsdebatte, die auf hohem ideologischen Niveau geführt wird.

Wir haben in Deutschland ein Steuersystem, dass nach Einkommen gestaffelt ist. Wer viel verdient, zahlt davon noch einen höheren Steuersatz. Wer wenig verdient, muss auch nur ganz wenig abgeben. Und wer auf Unterstützung angewiesen ist, bekommt diese. Das ist gerecht.

Deshalb ist jede Steuerhinterziehung zu verurteilen - denn sie nimmt dem Staat die Möglichkeit, anderen zum Beispiel durch Bildung eine Chance zu geben. Allerdings ist es mit meinem Unrechtsempfinden absolut nicht vereinbar, Betrügern horrenden Summen für geklaute Daten zu zahlen. Dadurch machen wir uns als Staat unglaublich. Wen wollen wir denn künftig noch verurteilen, weil er in seiner Firma Daten ausspioniert und weiter gegeben hat? Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Vielmehr brauchen wir dringend Abkommen mit den "Steuroasen", um auf rechtsstaatliche Weise Steuerhinterziehung zu vermeiden.

Eines darf man allerdings auch nicht vergessen: Die sogenannten "Reichen" zahlen zum überwiegenden Teil sehr wohl ihre Steuern. 10 Prozent der Bevölkerung tragen 55 Prozent der Steuerlast für alle. Gerechtigkeit ist, dies auch mit in Debatte zu nehmen.

Und auch, dass Gerechtigkeit sich nicht nur an der Höhe der Hartz-IV-Sätze bemisst, sondern an den Chancen, die wir den Menschen geben, wieder für sich selbst Verantwortung tragen zu können. In der Diskussion stehen die Leistungen für Kinder, und hier müssen wir künftig genauer hinschauen.

Aber Leistungen bedeutet nicht unbedingt nur Geld in die Familien zu geben. Es bedeutet, die Rahmenbedingungen in Kindergarten und Schule so zu gestalten, dass wir auch denen zu guter Bildung verhelfen, die das Elternhaus nicht so gut unterstützen kann. Deshalb hat meine Fraktion kleinere Klassen und mehr Förderstunden gefordert. Denn nur mit mehr individueller Förderung geben wir auch denen eine gerechte Chance, die mit schlechten Bedingungen gestartet sind. Nur ergreifen muss sie letztlich jeder selbst."

Oeffentlicher Anzeiger vom Donnerstag, 4. März 2010, Seite 19.